

Arbeitsstelle

Rechtsextremismus

Hintergrundpapier 3/2009

Wider die Normalisierung: Die extreme Rechte nach den Kommunalwahlen in sieben Bundesländern¹

1. Ergebnisse: Die extreme Rechte bei den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009

Moderate Erfolge für extrem rechte Parteien vor allem in Ostdeutschland

Die Kommunalwahlen in sieben Bundesländern am 7. Juni 2009 erhöhten die Anzahl der Mandate rechtsextremer Parteien wie der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), der Deutschen Volksunion (DVU) oder der Republikaner (REP) in kommunalen Gremien: Von bundesweit insgesamt mindestens 611 auf jetzt mindestens 660. Insbesondere der NPD gelang es in zahlreichen Orten, in die Stadt- und Gemeinderäte sowie in Kreistage einzuziehen. Auf ihr Agieren wird deshalb hier der Schwerpunkt gelegt. Allein in Sachsen konnte sie 73 Mandate erringen. In Mecklenburg-Vorpommern sind es 26 Mandatsträger/innen, die die extrem rechte Partei zukünftig in den Kreistagen vertreten. Insgesamt verfügt die NPD jetzt in 13 Bundesländern über 307 Sitze in kommunalen Vertretungen: 108 Sitze mehr als zuvor. In Sachsen-Anhalt konnte die neonazistische Partei die Zahl ihrer Mandate verdoppeln – sie ist jetzt mit 29 Mandatsträger/innen in fünf Kreistagen sowie in 18 Stadt- und Gemeinderäten vertreten.²

Allerdings verfügt die NPD in den im Juni 2009 neu gewählten Kommunalvertretungen Sachsen-Anhalts – mit einer Ausnahme – jeweils nur über ein Mandat. Damit dürfte es ihr schwer fallen, eine integrierte politische Strategie für die Stadt- und Gemeinderäte zu entwickeln, die eine landespolitische Ausstrahlung ihrer politischen Initiativen entfalten könnte – zumal es den neu gewählten NPD-Abgeordneten in ihrer Mehrheit an politischer Erfahrung mangelt, um den Gewinn ihres Mandats in politische Erfolge umzumünzen.

Da die NPD in Halle (Saale) und Magdeburg den Einzug in Fraktionsstärke verpasst hat, fehlen ihr zudem den Fraktionen in Großstädten zustehenden finanziellen Zuschüsse für eine Geschäftsstelle. Verwehrt bleibt ihr auch der stimmberechtigte Zugang zu den Fachausschüssen. Gehört können sich die einzelnen Mandatsträger/innen der NPD nur mit Anträgen und Redebeiträgen in den Plenarsitzungen der Kommunalvertretungen verschaffen.

¹ Dieser Text basiert auf einem gemeinsamen Papier von Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. und dem Projekt "Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins" des Vereins für demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieentwicklung e. V. vom 17. Juni 2009. Die Pressemappe kann heruntergeladen werden unter: www.mbr-berlin.de/start/get_file?file=09-06-17_Material_Rechtsextreme-und-Kommunalpolitik.pdf.

² Eigene Recherchen auf Grundlage von: Der Rechte Rand (Hrsg.), Die extreme Rechte in den Kommunalparlamenten. Übersicht, o. O. 2009 sowie der Angaben der Landeswahlleiter in den Bundesländern. Zwei Mandatsträger der NPD im Kreistag des Landkreises Anhalt-Bitterfeld haben inzwischen die Partei verlassen. Die Fraktion heißt jedoch weiterhin NPD-Fraktion. Im Jerichower Land schied der NPD-Vertreter aufgrund eines Wohnortwechsels aus dem Kreistag aus.

Ursachenanalyse: In Ansätzen erfolgreiche regionale Verankerung

Den beträchtlichen Zugewinnen an kommunalpolitischen Mandaten für rechtsextreme Parteien in den verschiedenen Bundesländern entsprechen weder durchgängig erhöhte Stimmenanteile noch erhöhte absolute Stimmenzahlen. Obwohl in einer Anzahl von Orten die Stimmenanteile für die extreme Rechte in besorgniserregendem Ausmaß angestiegen sind, blieben sie in einer weit größeren Anzahl von Kommunen weit unter den Ergebnissen vorangegangener Wahlen. Somit verfehlten die rechtsextremen Parteien ihre großspurig angekündigten Ziele und selbst gestellten Ansprüche. Dies lag in Sachsen-Anhalt nicht zuletzt an der äußerst niedrigen Wahlbeteiligung. Nur annähernd 40 Prozent der Wähler/innen beteiligten sich am Urnengang in den Kommunen. Sowohl bei den vorgezogenen Kreistagswahlen 2007 als auch bei den Kommunalwahlen 2009 vermochte es die NPD nicht, aus dem Reservoir der Nicht-Wähler/innen Stimmen auf sich zu ziehen.

Dass ihr dies nicht gelang, verweist auf die im Vergleich zu Sachsen nach wie vor geringe kommunale Verankerung der Partei in Sachsen-Anhalt. Sie steht und fällt mit dem sozialen Prestige des politischen Personals vor Ort. Weil die NPD lokal – von regionalen Ausnahmen abgesehen – kein überzeugendes Personal vorweisen kann, konnte sie nicht von dem Trend der Partikularisierung kommunaler Interessen profitieren, wie er sich in der Zustimmung für freie Wählergemeinschaften manifestierte. Weniger Erfolg als selbst erwartet hatte die NPD auch aufgrund fehlender Wahlkampfthemen, die die vorhandenen fremdenfeindlichen und autoritären Ressentiments hätten überzeugend aufgreifen können. In seiner Wahlauswertung beschreibt NPD-Landeschef Heyder das Dilemma, in dem er seine Partei sieht: „Wir müssen in den nächsten Monaten aus dem 'Wählt uns, wir wissen dass Wahlen nichts bringen' ein 'Wählt uns, wir sind die Einzigen, die euch ernst nehmen' machen.“³

Trotz alledem: Generell scheint auf kommunaler Ebene inzwischen zu gelten: Nahezu überall dort, wo die NPD antritt, gelingt es ihr auch mit wenigstens einer/einem Abgeordneten in die Vertretungen einzuziehen. Der dafür notwendige Grundsockel von Wähler/innenstimmen kann nicht mehr als reiner Ausdruck von Protestwahlverhalten verstanden werden, sondern zeigt die Verankerung von Elementen rechtsextremer Ideologie in Teilen der Bevölkerung. Dieses extrem rechts orientierte Stammwähler/innenpotenzial ist auch Ausdruck einer regional höchst unterschiedlich durchgesetzten Akzeptanz rechtsextremer Ideologiefragmente, Lebenswelten und politischer Strukturen. Jedes Mandat für die extreme Rechte erhöht wiederum deren regionalen Wirkungsgrad und trägt zur weiteren Normalisierung menschenverachtender und demokratiefeindlicher Positionen bei. Jeder Wahlerfolg extrem rechter Parteien ist somit zugleich eine Niederlage für die Demokratie.

Darüber hinaus zeigen die Wahlergebnisse den teilweisen Erfolg einer auf Langfristigkeit ausgerichteten Verankerungs- und Strukturaufbaupolitik der extremen Rechten, vor allem der NPD, in einigen Regionen Deutschlands. Die besten Ergebnisse erzielten Rechtsextreme dort, wo sie ohnehin stark verankert und im Alltag präsent sind, etwa in Kommunen in denen sie bereits vor den Wahlen von 7. Juni mit Mandatsträger/innen vertreten waren.

³ Alle hoffen auf Hitler, <www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/2479-zur-wahl-alle-hoffen-auf-hitler.html>, am 10. Juni 2009.

Tab. 1: Das Wahlergebnis der NPD in Sachsen-Anhalt 2009⁴

Kommunale Vertretung	Kandidat/innen	Stimmen	%	Gewinne/Verluste (Prozentpunkte)	Sitze	Gewinne/Verluste (Sitze)
Kreisfreie Städte						
SR Halle (Saale)	5	4.348	2,0	+0,3	1	+/-0
SR Magdeburg	11	4.019	2,0	+2,0	1	+1
Städte und Gemeinden						
VGR „An der Finne“	8	526	2,8	+2,8	1	+1
SR Aschersleben	2	593	2,1	+2,1	1	+1
SR Bad Kösen	3	170	3,3	+3,3	1	+1
SR Bernburg	4	821	3,5	+3,5	1	+1
SR Eisleben	4	729	3,4	+3,4	1	+1
GR Finne	4	97	4,3	+4,3	1	+1
OR Frankleben	1	65	4,84	+4,84	0	+/-0
SR Halberstadt	2	488	1,5	+0,2	1	+/-0
SR Hecklingen	4	193	3,2	+3,2	1	+1
SR Köthen	2	658	2,6	+2,6	1	+1
SR Laucha a. d. Unstrut	5	534	13,5	+13,5	2	+2 ⁵
SR Quedlinburg	2	522	2,7	-0,1	1	+/-0
SR Sangerhausen	1	1.013	3,3	+1,2	1	+/-0
SR Tangerhütte	4	290	5,4	+5,4	1	+1
SR Weißenfels	5	622	2,6	+2,6	1	+1
SR Wernigerode	2	962	2,7	+2,7	1	+1
SR Zeitz	9	775	3,0	+3,0	1	+1
GESAMT	78				19	+15

GR – Gemeinderat / SR – Stadtrat / VGR – Verbandsgemeinderat / OR - Ortschaftsrat

⁴ Giesbers, Tilo, Extrem rechte Kandidat/innen bei den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009, o. O. 2009. Zahlenmaterial zum Teil beruhend auf vorläufigen amtlichen Endergebnissen.

⁵ Einer der zwei NPD-Mandatsträger war bereits seit 1999 in der Kommune im Rat vertreten. Zunächst als Einzelbewerber, später für eine Vereinsliste.

**Tab. 2: Mandate der NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts
(seit den vorgezogenen Kreistagswahlen 2007)⁶**

Landkreis	Kandidat/ innen	Stimmen	%	Gewinne/ Verluste (Prozent- punkte)	Sitze	Gewinne/ Verluste (Sitze)
KT Anhalt-Bitterfeld ⁷	13	5.303	3,2	+3,2	(2)	+2
KT Burgenlandkreis	55	9.008	4,7	+0,8	3	+1
KT Harz	14	8.514	3,6	+3,5	2	+2
KT Jerichower Land	3	2.124	2,3	+2,3	(1)	+1
KT Mansfeld- Südharz	11	6.008	4,2	+4,2	2	+2
KT Saalekreis	9	3.957	2,4	+2,0	1	+1
KT Salzland	10	5.592	2,9	+2,6	2	+2
GESAMT	115	40.506	2,5		(13)10	+11

2. Erfahrungen: Rechtsextreme in kommunalen Gremien

Die folgenden Überlegungen beruhen schwerpunktmäßig auf Erfahrungen mit den kommunalpolitischen Aktivitäten der NPD.

Bedeutung der Kommunalpolitik für rechtsextreme Parteien

Die Präsenz in kommunalen Gremien hat für die neonazistische NPD eine hohe Bedeutung: Kommunalpolitische Mandate gelten als Gradmesser und Hilfsmittel für eine lokale Verankerung sowie als Sprungbretter in die Landtage. In seiner Bewertung der Wahlen vom 7. Juni 2009 formulierte der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt hoffnungsvoll: „*Der von mir schon vor zehn Jahren geforderte kommunale Unterbau nimmt langsam Gestalt an und ermuntert uns nun größere Ziele anzustreben.*“

Bundesweite Gemeinsamkeiten im Agieren

Das Auftreten Rechtsextremer in kommunalen Gremien und Landesparlamenten folgt bundesweit meist ähnlichen Strategien und Zielen. So versucht die NPD ihre Mandatsträger/innen mit Hilfe der „Kommunalpolitischen Vereinigung“ (KPV) zu koordinieren und zu professionalisieren. Trotz langsamer Fortschritte scheitern die hochgesteckten Erwartungen extrem rechter Akteur/innen insgesamt sehr häufig am eklatanten Mangel an fähigem und vorzeigbarem politischen Personal, an chronischer Ressourcenknappheit, innerer Zerstrittenheit und nicht zuletzt an den Anstrengungen demokratischer

⁶ Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen (aktueller Gebietsstand), <www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kwkw/index.html>, am 29. Juni 2009. Zusätzlich zog in der Kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau auch ein Vertreter der Deutsche Volkunion (DVU) in den Stadtrat ein. Dem Kreistag Wittenberg gehört seit der Wahl im Jahr eine Vertreterin der Deutschen Partei (DP) an.

⁷ Die Inhaber/innen der zwei Mandate im Kreistag des Landkreises Anhalt-Bitterfeld sind mittlerweile aus der NPD ausgetreten. Im Jerichower Land schied der NPD-Vertreter aufgrund eines Wohnortwechsels aus dem Kreistag aus.

Kommunalpolitiker/innen, die vielerorts bewährte Wege des Umgangs mit rechtsextremen Mandatsträger/innen entwickelt haben.

Kommunalpolitische Praxis extremer Rechter: Zwischen Inaktivität und Inkompetenz einerseits sowie Fleißarbeit und Provokation andererseits

Während einige Vertreter/innen der extremen Rechten in kommunalen Gremien vor allem durch Abwesenheit, Inaktivität oder Inkompetenz auffallen, erreichen andere in immer mehr kommunalen Gremien mittlerweile ein bestimmtes Grundniveau von Arbeitsfähigkeit und Aktivität. Sie benutzen die kommunalen Gremien als Bühnen ihrer Agitation, als Lehrwerkstätten und Experimentierfelder zur Heranbildung qualifizierten politischen Personals, als Möglichkeiten der Informationsgewinnung sowie als infrastrukturelle Ressource und Versorgungsanstalt.

Rechtsextreme Doppelstrategie: Provokation und Normalisierung

Anträgen, Anfragen und Wortbeiträgen von extrem Rechten in kommunalen Gremien liegt oft eine Doppelstrategie aus gezielten ideologischen Provokationen sowie der vordergründig ideologiefreien Inszenierung als „Anwalt der kleinen Leute“ zugrunde. Ein von Rechtsextremen in- und außerhalb der kommunalen Gremien ständig bemühtes Argumentationsmuster besteht des Weiteren darin, sich als einzig wahre Demokrat/innen und Opfer der etablierten Parteien zu inszenieren.

Propagandistische Verwertung der Kommunalpolitik

Die rechtsextremen Parteien versuchen, aus ihrer Präsenz in kommunalen Gremien politisches Kapital zu schlagen, indem sie auf Internetseiten und in eigenen Publikationen von ihrer dortigen Arbeit berichten. Nicht selten wird die eigene Anhängerschaft zu Sitzungen kommunaler Vertretungen mobilisiert, um sich vor dieser zu profilieren.

Unterschiedliche politische Maßstäbe für den Erfolg

Das Auftreten der Rechtsextremen in der Kommunalpolitik kann nicht nach den gleichen Maßstäben beurteilt werden, wie das demokratischer Akteur/innen. Weit davon entfernt, ernsthaft zur Lösung politischer Sachfragen beitragen zu wollen, nutzen die extrem Rechten die demokratischen Spielräume aus, um die Demokratie langfristig zu unterhöheln und letztlich durch ein völkisch-rassistisches, autoritäres Staatswesen zu ersetzen.

3. Empfehlungen: Zum Umgang mit rechtsextremen Mandatsträger/innen

Auf Grundlage der bisherigen Beobachtungen Rechtsextremer in kommunalen Gremien sowie der Erfahrungen von demokratischen Kommunalpolitiker/innen aus verschiedenen Bundesländern werden im Folgenden einige Empfehlungen für demokratische Parteien vorgestellt. Die beschriebenen Handlungsoptionen sollen dazu beitragen, einer Normalisierung rechtsextremer Positionen im Alltag entgegenzutreten, die Verbreitung rechtsextremer Ideologie zu begrenzen sowie Menschen zur Partizipation an demokratischen Aushandlungsprozessen und Wahlen zu gewinnen.

Es ist erforderlich, beim Umgang mit rechtsextremen Parteien nicht nur die kommunalen Gremien in den Blick zu nehmen, sondern auch die öffentlichen Diskurse und die Situation im öffentlichen (Sozial-)Raum sowie die Ausprägung der lokalen extrem rechten Szene und

deren Interaktion mit der lokalen Bevölkerung. Daraus ergibt sich ein komplexes Handlungsfeld, das von den demokratischen Parteien immer wieder analysiert werden muss, um einen adäquaten Umgang mit dem Rechtsextremismus zu finden. Hierzu zählt nicht nur das Agieren in kommunalen Gremien, sondern auch das Bemühen um eine demokratische Lösung von Problemen innerhalb der Gesellschaft. Gleichzeitig gilt es, deutlich Stellung zu beziehen: z. B. in den eigenen Organisationen, in der kommunalen und medialen Öffentlichkeit, im bürgerschaftlichen Engagement oder in der Jugendarbeit. Grundsätzlich sollte das Wirken der demokratischen Parteien inner- und außerhalb kommunaler Gremien auf die Stärkung eines menschenrechtsorientierten und demokratischen Gemeinwesens abzielen.

Daher verstehen sich die folgenden Empfehlungen als Orientierungshilfe für eine umfassende Auseinandersetzung mit der extremen Rechten im kommunalpolitischen Alltag.

1. *Konsequente Abgrenzung*

Da rechtsextreme Parteien eine antidemokratische und menschenverachtende Ideologie vertreten, verbietet sich jede Zusammenarbeit und auch jede gleichberechtigte, sachbezogene, von den ideologischen Positionen der extremen Rechten absehende Auseinandersetzung mit ihnen. Ihre Anwesenheit und Arbeit im Parlament darf nicht zur Normalität werden. Nie sollte mit den Stimmen der extremen Rechten kalkuliert werden. Nach Möglichkeit ist zu verhindern, dass sie zum „Zünglein an der Waage“ werden. Im kommunalpolitischen Alltag werden jedoch knappe Mehrheitsverhältnisse nie ganz auszuschließen sein, ebenso wenig wie Situationen, in denen extrem rechte Mandatsträger/innen Anträgen oder sonstigen Initiativen demokratischer Parteien mehr oder weniger demonstrativ zustimmen.

2. *Aktive Auseinandersetzung*

Das Problem der extremen Rechten wird sich durch Totschweigen und Ignoranz nicht lösen lassen. Notwendig ist vielmehr eine inhaltliche, offensive Auseinandersetzung, in der die Demokrat/innen immer wieder den antidemokratischen, menschenverachtenden und rückwärtsgewandten Charakter der rechtsextremen Ideologie demaskieren und der Bevölkerung demonstrieren. Gegen die Versuche, die kommunalen Gremien als Bühnen rechtsextremer Propaganda zu instrumentalisieren, ist der Versuch zu setzen, sie stärker als bisher zu Bühnen demokratischer, an Menschenrechten orientierter Politik zu machen. Um auf rechtsextreme Mandatsträger/innen adäquat reagieren zu können, bedarf es der Kenntnis über Programmatik, Zielsetzung und Aktivitäten ihrer Partei und ihres Umfelds. Also sollten sich die Demokrat/innen untereinander verständigen, ihr demokratisches Profil zu schärfen und die eigenen Kompetenzen stärken.

3. *Gemeinsames Vorgehen der Demokrat/innen*

Wichtigste Erfolgsbedingung der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien ist der politische Konsens der Demokrat/innen über die prinzipielle Abgrenzung gegenüber den extremen Rechten, das konsequente Eintreten für Demokratie und Menschenrechte sowie über eine konkrete Umgangsweise mit den rechtsextremen Mandatsträger/innen und ihren kommunalpolitischen Initiativen (Anträge, Anfragen, Wortbeiträge). Die demokratischen Akteur/innen der Kommunalpolitik können diesen Konsens durch eine gemeinsame Erklärung zu einem prominenten Anlass, etwa der konstituierenden Sitzung eines kommunalen Gremiums, in öffentlichkeitswirksamer Form bekunden. Ein solcher Konsens ist ein von den Differenzen zwischen den Parteien und gezielten rechtsextremen Spaltungsversuchen stets bedrohtes Gebilde, dessen

Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung viel Kraft verlangt. Wichtig sind gemeinsame Absprachen über den Umgang mit extremen Rechten sowohl bei den Plenarsitzungen als auch in der Ausschussarbeit. Im Vorfeld von Sitzungen können z.B. informelle Arbeitstreffen der demokratischen Parteien organisiert werden.

4. *Demokratische Antworten*

Rechtsextreme Anträge, Anfragen und Wortbeiträge sollten in geeigneter, prägnanter Form dechiffriert, kritisiert und verurteilt werden. Bewährt hat sich das Verfahren, immer nur jeweils eine/n Vertreter/in der Demokrat/innen auf Rechtsextreme antworten zu lassen. Diese Aufgabe kann unter den demokratischen Parteien rotieren. So wird verhindert, dass die Auseinandersetzung mit extrem Rechten eine kommunale Vertretung dominiert. Das schließt aber nicht aus, an geeigneten Stellen eine ausführlichere Debatte zu führen.

5. *Den extrem Rechten keine Bühne bieten*

Eine konsequente Auseinandersetzung mit den Inhalten und Aktivitäten rechtsextremer Parteien bedeutet nicht, eine Auseinandersetzung mit ihren Mandatsträger/innen zu führen. Die Möglichkeiten extrem Rechter in kommunalen Gremien sollten so weit wie möglich begrenzt werden.

6. *Demokratischer Standards*

Kleine Fraktionen, Einzelverordnete und Wähler/innenvereinigungen sollten in die Arbeit der größeren demokratischen Fraktionen eingebunden werden. Änderungen der Geschäftsordnung etwa – aus der Motivation heraus, die extrem rechten Verordneten in ihrem Handlungsspielraum einzuschränken – sollten nicht zu Lasten der demokratischen Mitbestimmung Aller vorgenommen werden. Die Demokratie lässt sich nicht gegen Rechtsextreme verteidigen, indem sie eingeschränkt wird. Jede dieser Einschränkungen ist bereits ein Sieg für die extreme Rechte.

7. *Offensive Medienarbeit*

In der Öffentlichkeit sollten die demokratischen Parteien ihre Positionen gegenüber rechtsextremen Parteien deutlich vermitteln. Das eigene Handeln in kommunalen Gremien sollte transparent und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar gestaltet werden.

8. *Ablehnung aller Anträge der extremen Rechten*

Grundsätzlich solle von den demokratischen Mandatsträger/innen jeder Antrag von Rechtsextremen abgelehnt werden, auch wenn er noch so sachlich und ideologiefrei daherkommt. Jede Ablehnung eines solchen Antrags kann mit dem demokratiefeindlichen Charakter der Antragssteller/innen und ihrer Instrumentalisierung der Kommunalpolitik begründet werden. Es empfiehlt sich, eine ausufernde Debatte zum Thema der Anträge und Anfragen zu vermeiden und gleichzeitig populistische Argumente der extremen Rechten zurückzuweisen.

9. *Instrumentarien der Geschäftsordnung und Sitzungsleitung nutzen*

Um gezielte Störungen der Arbeit in kommunalen Gremien zu unterbinden, kommt es vor allem auf eine überlegte und konsequente Sitzungsleitung an, die etwa auf die Einhaltung der Redezeit achtet, Beleidigungen und Drohungen mit Ordnungsrufen ahndet sowie ggf. den Ausschluss von Störer/innen von der Sitzung veranlasst. Mitunter unterstützen Besucher/innen gezielt das Agieren rechtsextremer Mandatsträger/innen oder schüchtern Demokrat/innen ein. Eine konsequente Sitzungsleitung sollte dies unterbinden und ggf. vom Hausrecht Gebrauch machen (Ausschluss von den Sitzungen, Hausverbote). Wenn nötig, kann dabei auch die Polizei zur Hilfe gerufen werden.

Gesamtgesellschaftliche Dimension der Auseinandersetzung

Entscheidend für die gesamtgesellschaftliche Perspektive der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parteien ist, inwieweit es demokratischer Kommunalpolitik gelingt, die Spielräume der extremen Rechten zu begrenzen sowie Demokratie und Menschenrechte in der Bevölkerung zu verankern. Nah an den Menschen und ihren Bedürfnissen gelegen, kommt der Kommunalpolitik in dieser Hinsicht eine entscheidende Rolle zu. Die demokratischen Parteien und Funktionsträger/innen können an sehr vielen Stellen auch des kommunalpolitischen Alltagsgeschäfts ihre Orientierung an Demokratie und Menschenrechten herausstellen – etwa durch entsprechende Passagen in Anträgen und Beschlüssen – und so z.B. auch die demonstrative Zustimmung von extrem rechter Seite erschweren. Die Handlungsmöglichkeiten demokratischer Kommunalpolitik sind ungeheuer vielfältig: Betroffene extrem rechter Bedrohungen und Angriffe sowie demokratische Akteur/innen aus der Zivilgesellschaft schützen, stärken, anerkennen und fördern, Maßnahmen in der Jugendarbeit, im Sportbereich und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, um nur einige zu nennen.

4. Literatur zum Thema

Rechtsextremismus und NPD

Dornbusch, Christian/Virchow, Fabian (Hrsg.) 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach/Ts. 2007.
Staud, Toralf, Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln 2006.
Stöss, Richard, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005.

Rechtsextremismus und Kommunalpolitik

Begrich, David, Präsenz ist keine Erfolgsgarantie. Die Kommunalwahlergebnisse der NPD in Sachsen-Anhalt, in: Miteinander e. V. (Hrsg.), Newsletter, Nr. 24 (2009), S. 14-15.
Begrich, Pascal/Weber, Thomas, Zwei Jahre NPD-Vertreter/innen in den Kreistagen Sachsen-Anhalts. Ein Forschungsbericht, Magdeburg 2009. (www.hs-magdeburg.de/fachbereiche/fsgw/Forschung/Zwei_Jahre_NPD_in_den_Kreistagen_Sachsen_Anhalts_Forschungsbericht.pdf)
Bogitzky, Jenny/Buchstein, Hubertus/Heil, Torsten, Kein Platz für Rechtsextremisten in Kommunalparlamenten. Anregungen für Kommunalpolitiker bei der Auseinandersetzung im Kommunalwahlkampf, Greifswald 2009. (www.hubertus-buchstein.de/Broschuere%20Rechtsextremisten%202009.pdf)
Braune, Sven/Demuth, Christian/Hanisch, Norbert/Koch, Josephine/Schmidt, Barbara/Wendland, Alexander, Die Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens, in: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Erschienen in der Reihe „Extremismus und Demokratie“. Band 17. Baden-Baden 2007, S. 175 – 207.
Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker, Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2008. (www.spd-fraktion-mv.de/media/content/Publikationen/NPD-Buch/Inhalt%201-5.pdf)
CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Aktiv für Demokratie und Toleranz. Handreichung zum Umgang mit Rechtsextremisten, Schwerin 2008. (www.cdu-fraktion.de/service/download/publikationen/Aktiv_fuer_Demokratie.pdf)
Hafeneger, Benno/Schönfelder, Sven, Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten – Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie, Berlin 2007.
Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hrsg.), Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Berlin 2009. (<http://library.fes.de/pdf-files/do/06431.pdf>)
Verein für demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V. (Hrsg.), Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien, Berlin 2008. (www.mbr-berlin.de/start/get_file?file=2008_BVV_Broschuere_print_sw.pdf)

Handreichungen

Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e. V. (Hrsg.), Argumente. Eine Entgegnung auf Schulungsmaterial der NPD, Magdeburg/Halle (Saale) 2009.
Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e. V. (Hrsg.), Streiten mit Neonazis? Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten, Magdeburg/Halle (Saale) 2008.

Zu den Hintergrundinformationen der Arbeitsstelle Rechtsextremismus

Die Hintergrundinformationen der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e. V. erscheinen in loser Folge. Sie decken aktuelle Themen und Begrifflichkeiten des modernen Rechtsextremismus ab.

Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus ist ein Teilprojekt des Vereins Miteinander e. V. Durch die Arbeitsstelle werden Informationen zum Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus für die interessierte Öffentlichkeit und die Beratungsarbeit des Vereins aufbereitet.

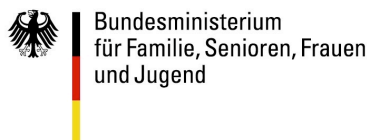
Der gemeinnützige Verein Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung demokratischer Akteur/innen der Zivilgesellschaft und nicht-rechter Jugendlicher sowie die Unterstützung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Wir sind in den Handlungsfeldern der Analyse, Beratung, Unterstützung und (Jugend-)Bildung tätig mit dem Ziel, einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt zu leisten. Die besondere Qualität unserer Arbeit liegt darin, aus einem breiten Methoden- und Beratungsspektrum auf die jeweils spezifischen Problemlagen zugeschnittene Angebote zu entwickeln. Von unseren Bildungs- und Beratungsangeboten profitieren sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Der Verein engagiert sich in der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gemeinwesenarbeit, der Beratung von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteur/innen sowie der Opferhilfe.

Redaktion: David Begrich, Pascal Begrich, Sebastian Striegel, Thomas Weber
Redaktionsschluss: 29.06.2009 (1. Auflage), 15.01.2010 (2. Auflage)

Miteinander e. V.
Arbeitsstelle Rechtsextremismus Magdeburg
David Begrich
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
Tel.: 0391-6207759
begrich.gs@miteinander-ev.de

Miteinander e. V.
Arbeitsstelle Rechtsextremismus Halle
Torsten Hahnel
Platanenstraße 9
06114 Halle (Saale)
Tel.: 0345-2267456
hahnel.rzs@miteinander-ev.de



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie. Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ und mit Mitteln des Ministeriums für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt.